

**DEMOKRATISIERUNG NACH 1945:
NEUBEGINN - AMERIKANISIERUNG - KONSERVATIVE INTEGRATION***

Diethelm Prowe

Im Wirtschaftswunderland, wie Westdeutschland vom Ausland und von Bundesbürgern mit wiedererwachendem Stolz in den fünfziger Jahren genannt wurde, hat es ein wirtschaftliches Wunder nie gegeben. Darin sind wir uns sicher alle einig, nachdem alle seriösen Wirtschaftshistoriker uns das überzeugend dargelegt haben. Das eigentliche „Wunder“ Deutschlands nach 1945 war die Herausbildung und vor allem die dauerhafte Verwurzelung einer demokratischen politischen Kultur, die bis dahin immer wieder gescheitert war.

Es ist die Frage nach diesem Wunder, die ich hier stellen möchte. Wie ist eine dauerhafte Demokratisierung in Deutschland doch möglich geworden, obwohl es wenigstens scheinbar immer noch keine Revolution gegeben hatte, die bei den westlichen Vorbildern in England, Frankreich, USA etc. die demokratische Entwicklung eingeleitet hatten?

Es ist bekannt, daß unter dem ersten Schub der amerikanischen Besatzungsbeamten eine beträchtliche Gruppe meist alter Linksdemokraten war, die glaubten, sie könnten aufgrund der offiziellen amerikanischen Demokratisierungspolitik (Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Demokratisierung) in Deutschland eine Art Ersatzrevolution entfachen oder oktroyieren. Trotz breiter späterer Skepsis gegenüber diesen Reorientierungsprogrammen - insbesondere John Gimbel hat diese Missionierungsversuche in seiner klassischen Fallstudie über Marburg als totalen Fehlschlag nachgewiesen - scheint es heute nach Studien wie der von Hermann-Josef Rupieper, daß diese Versuche nicht gänzlich ohne Nachwirkung gewesen sind. Sicher ist, daß die auf Weisung der westlichen Besatzungsmächte und vor allem aufgrund der amerikanischen Demokratisierungspolitik durch eine breite Koalition meist erfahrener Politiker aus der Weimarer Zeit zwischen 1946 und 1949 geschaffenen demokratischen Verfassungen und Institutionen eine unentbehrliche Grundlage der Demokratisierung waren.

Dennoch sind sich Historiker heute weitgehend einig, daß damit eine demokratische politische Kultur in Deutschland längst noch nicht verwurzelt war. Der Schock des Zusammenbruchs und der Druck der Anpassung an die neue Realität der Abhängigkeit von amerikanischer Hilfe und Schutz hatten wohl „gehorsame Demokraten, aber keine engagierten Bürger“ einer lebendigen Demokratie geschaffen, wie es Mark Roseman einmal formuliert hat.¹ Der Durchschnittsbürger dachte weiterhin in den Kategorien des Obrigkeitsstaates. Alte Werte und Gewohnheiten erwiesen sich nicht unerwartet als stärker im Vergleich zu radika-

len Reformansätzen oder dem kurzfristigen amerikanischen Reorientierungsprogramm. Man baute zunächst wieder auf, was man kannte.

Wie war es dennoch möglich, daß sich bis Mitte der sechziger Jahre ein echter demokratischer Konsens entwickelt hatte? Wie war es möglich, die traditionellen Strukturen, die wie nach dem Ersten Weltkrieg einer Demokratisierung im Wege standen, ohne eine Revolution abzubauen? Ralf Dahrendorf hat wohl als erster argumentiert, daß die Nationalsozialisten mit ihrem „totalen Krieg“ den notwendigen Einbruch in die alten Strukturen bereits selbst besorgt hatten. Die sogenannten 1968er haben dagegen behauptet, daß eben, weil nach 1945 eine demokratische Revolution vor allem von den Amerikanern verhindert worden war, es in Deutschland Ende der sechziger Jahre noch gar keine Demokratie gab. Die jungen Rebellen fühlten sich deshalb ausersehen, die 1945 verhinderte Revolution nachzuholen, um endlich ein demokratisches Deutschland zu schaffen.

Wenn die Aktivisten jener Generation ihre Bedeutung auch dabei um einiges überschätzt haben und es noch nach drei Jahrzehnten häufig tun, so ist doch nicht abzuleugnen, daß sie die demokratische Gesellschaft um einiges geöffnet haben, wie es Charles Maier einmal ausdrückte.³ Dennoch ist heute ebenso eindeutig, daß der Grundstein für die Demokratisierung und die Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft bereits in der konservativen Ära Adenauer-Erhard gelegt worden ist. Sicher haben vor allem politische Stabilität und Wohlstand, die in der Weimarer Zeit letztlich nie Bestand hatten, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen allmählich so weit gestärkt und erweitert, daß den meisten Westdeutschen demokratische Bürgerrechte zunehmend selbstverständlich wurden. Die 1968er konnten diese Rechte dann ausüben, wie das 1950 noch nicht möglich gewesen wäre. Die konservative Gesellschaft der fünfziger Jahre mit ihren paternalistischen Strukturen und Heimatwerten war der Nährboden für das „demokratische Deutschland“, wie Heide Fehrenbach in ihrem Buch über den Heimatfilm gezeigt hat.³

Warum aber sollten Stabilität und Wohlstand allein zu einer demokratischen Veränderung führen? Warum ließen sie nicht gerade die Bestätigung alter Werte erwarten? Sicher hat die Modernisierung jener Jahre auch die Gesellschaft verändert. Aber gerade in Deutschland waren ja vorher Modernisierung und autoritäre Staats- und Gesellschaftsformen verknüpft. Genau aus diesem Umstand war die Sonderweg-These abgeleitet worden. Ich möchte hier keineswegs bestreiten, daß das Wirtschaftswachstum der Ära Erhard auch die Werte der neuen Generation verändert hat. Aber hier stößt man bereits auf die Frage, ob die Amerikanisierung nicht erheblichen Einfluß darauf hatte, daß sich gerade eine Demokratisierung westlicher und insbesondere amerikanischer Fassung in Deutschland so rasch durchgesetzt hat. Oder man kann die Frage aus dem Kontext meiner anfänglichen Problematik anders stellen: *Inwieweit hat die*

Amerikanisierung in der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft die Rolle übernommen, die in der klassischen Demokratisierung der allgemein notwendig erachteten Revolution zugefallen ist?

Wenn ich diese Frage zunächst wenigstens als eine fruchtbare Hypothese ansehe, will ich aber gleich einige wesentliche Punkte hervorheben:

1) Amerikanisierung ist hier keine einfache Oktroyierung amerikanischer Vorstellungen, wie sie die ersten Besatzungsoffiziere im Sinne hatten, die noch von „ihrer“ Revolution in Deutschland träumten. Amerikanisierung ist ein komplizierter Prozeß, der wohl Druck ausübte und damit die deutsche Machtstruktur veränderte und seine Ziele indirekt, allmählich und in vielen Formen erreichte.

2) Die direkte politische Einflußnahme in der Besatzungszeit, einschließlich der amtlichen Dekrete, Entnazifizierung und Umerziehung, Entkartellisierung und Entmilitarisierung, oder sogar der „weicheeren Maßnahmen“ der Hohen Kommission (einschließlich Austauschprogramme und Resident Officers), war zwar nicht ohne Bedeutung, besaß aber keineswegs die entscheidende Bedeutung in der Demokratisierung, weil Amerikanisierung erst dann greift, wenn sie in Wechselwirkung mit handfesten deutschen Interessen der Eliten, aber auch anderen Teilen der sich wandelnden deutschen Gesellschaft steht. Gerade diese Tatsache läßt manchen die Bedeutung der Amerikanisierung verkennen.

3) Aus den Gründen war die Rolle der Amerikanisierung im Demokratisierungsprozeß in den fünfziger Jahren wichtiger als in den Besatzungsjahren. Sie mußte nämlich auf fruchtbaren Boden fallen, was selbstverständlich nur möglich war, wenn sie sich zumindest teilweise mit deutschen Traditionen und Werten vermischen ließ. Hier ähnelt sie ja auch Revolutionen, die ebenfalls auf verschiedenen Ebenen in die Wertvorstellungen oder Interessen großer Teile der Machtzentren der alten Gesellschaft passen müssen. Schon in der Nachkriegszeit verstärkte das die Wirksamkeit der amerikanischen Demokratisierungsbestrebungen, als der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay Freiraum für die Deutschen in der Demokratisierung annahmte, wie es Barbara Fait vor kurzem wieder dargestellt hat und wie es schon ganz bezeichnend in Edward N. Petersons Buchtitel „Retreat to Victory“ steht.⁴

Die Wiederentdeckung und höhere Einschätzung der Rolle Amerikas in der westdeutschen Demokratisierung und Modernisierung geht zurück auf die klassischen Werke von Volker Berghahn und Werner Link über die Einwirkung der industrial relations in Deutschland.⁵ Der Nachweis für vielseitige amerikanische Einflußnahme auf die Entwicklung der deutschen Demokratie ist in den letzten Jahren vielfältig weitergeführt worden, insbesondere in zwei größeren Sammelbänden und dem ersten Band des bald erscheinenden Werkes des DHI Washington über Deutschland und Amerika im Kalten Krieg.⁶

Diese entscheidende Rolle Amerikas gerade in den Jahren, als sich die Demokratie im Laufe der fünfziger Jahre in der deutschen Gesellschaft etabliert

hat, zwingt uns, die dynamische Wechselwirkung von Amerikanisierung und der konservativen Reintegration der Adenauer-Erhard Ära näher zu beleuchten, um den Demokratisierungsprozeß besser zu verstehen. Inwieweit haben sich Amerikanisierung und die deutsche konservative Integration im Demokratisierungsprozeß gegenseitig verstärkt, behindert oder entschärft? Hat die Amerikanisierung wirklich eine Revolution ersetzen können, indem sie in den deutschen Macht- und Gesellschaftsstrukturen Freiräume geschaffen hat für einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel über die Zerstörungen durch NS-Regime und Krieg hinaus? Oder war Amerika für die Deutschen der „Stunde Null“ lediglich eine Quelle für notwendige Wiederaufbauhilfe?

Am Anfang der Besatzungszeit standen sich Amerikaner und konservative Deutsche eher mißtrauisch, wenn nicht feindlich gegenüber. Die Grundpfeiler der amerikanischen Besatzungspolitik - Entnazifizierung, Umerziehung, Entkartellisierung, unbegrenzte Gewerbefreiheit, ein einheitliches Gesamtschulsystem, und vor allem die Beseitigung des obrigkeitstaatlichen Beamtensystems - bedrohten die tief eingefleischten, konservativen Werte und Bräuche von Ordnung und geordneten Hierarchien auf deutscher Seite, u. a. die traditionell so erfolgreichen Gymnasien, Berufserziehung, staatlich anerkannte Kirchen, Kammern, Apotheken usw.

Dennoch hat sich sehr schnell eine Partnerschaft zwischen Amerikanern und konservativen Deutschen gebildet, die bestrebt waren, stabile und vertraute Strukturen wiederherzustellen. Der Schlüssel hierzu war eine Anpassungswilligkeit der Deutschen, die über die Schockzeit des Zusammenbruchs hinweg in die fünfziger Jahre reichte. Harold Hurwitz hat den Anpassungsprozeß für den Osten Deutschlands als unentbehrliche Grundlage der Sowjetisierung in feinfühligere Detailliertheit analysiert.⁷ Im Westen war letztendlich für die Demokratisierung ein solcher Anpassungsprozeß, in dem Deutsche sowohl aus dem konservativen wie aus dem linken Lager alte Werte und Interessen ablegen mußten, ebenso notwendig wie im Osten, wenn auch die Zwänge und Motive anderer Art waren. In der Tat, es war dieser Aspekt der Amerikanisierung - nämlich daß sie eine weitgehende Anpassung der Deutschen an amerikanische politische Werte erzwingen konnte - der die Amerikanisierung die Rolle ähnlich einer Revolution hat spielen lassen. Allerdings ging auch diese Anpassung oft komplexe und widersprüchliche Wege und verlief natürlich nie so gradlinig und vollkommen wie im Osten.

Die Adaption als Teil der Amerikanisierung ist den Deutschen von vornherein dadurch erleichtert worden, daß sie an materielle amerikanische Hilfe gebunden war. Darüber hinaus hat die amerikanische Seite, vor allem Clay selbst, noch in der Nachkriegszeit eine erstaunlich weise Toleranz gezeigt, indem sie den Deutschen wesentliche Grundsätze ihrer eigenen politischen Tradition zugestan-

den hat, wenn diese nicht einer Demokratisierung direkt im Wege standen. Die wichtigsten Konzessionen dieser Art haben das deutsche Schul- und Berufsschulwesen sowie das Beamten- und Rechtswesen weitgehend erhalten. Dadurch ist die Anpassungswilligkeit der Deutschen am Anfang, d. h. noch während der Nachkriegszeit, nicht so stark strapaziert worden, daß sie Demokratie auf längere Zeit als Zwang empfunden hätten. Der entscheidende Faktor war jedoch für die ausgedehnte Zeit der Demokratisierung in den fünfziger Jahren, daß die Amerikanisierung als direkte und augenscheinlich zwingende Alternative zur Sowjetisierung stand. Ich glaube, es war Manfred Wilke, der unlängst gesagt hat, daß Amerikanisierung und Demokratisierung ihren Erfolg letztlich der Schreckensherrschaft des stalinistischen Terrors zu verdanken haben.

Man könnte hier natürlich einwenden, daß es nicht die Amerikanisierung, sondern der Kalte Krieg war, der als Ersatz für eine Revolution zur Demokratisierung gewirkt hat. Das Argument ist aber deshalb nicht triftig, weil der Kalte Krieg wie jeder andere Krieg grundsätzlich autoritäre Herrschafts- und Umgangsformen stärkte und selbst keine Regierungsform hervorbringen konnte. Es ist nur der glückliche Fall, daß die eine Weltmacht des Kalten Krieges, die Vereinigten Staaten von Amerika, eine starke demokratische Tradition hatte, die selbst den autoritären Druck des Kalten Krieges in der McCarthy-Affäre überwunden hat.

Im politischen Bereich ist die Demokratisierung durch den Anpassungsdruck der Amerikanisierung sowohl unmittelbar als auch als Gegenpunkt des Stalinismus auf der Rechten wie auf der Linken offensichtlich. Ich möchte hier nur auf die Einbindung der ehemaligen NS-Parteigänger und der Veteranen/Soldaten in die Adenauersche konservative Demokratie hinweisen, wie sie James Diehl, Donald Abenheim und andere beschrieben haben. Auf der Linken wären Gewerkschafter wie Ludwig Rosenberg, Werner Hansen und der erste DGB-Chef Hans Böckler selbst zu nennen, die die Sozialisierung gegen eine beschränkte konservativ-demokratische Mitbestimmung und schließlich eine „industrial relations“-Praxis getauscht haben. Ein anderes Beispiel wäre der Berliner Linksdemokrat Gustav Klingelhöfer, der von seiner Propagierung einer „Ostorientierung“ angesichts der stalinistischen Pressionen zur Amerikanisierung und als Berliner Finanzsenator sogar zu einer Demokratisierung amerikanischen, marktwirtschaftlichen Stils fand.

So stärkte die amerikanische Politik einerseits die deutschen konservativen Kräfte, indem sie verschiedene Sozialisierungsexperimente und paritätische Wirtschaftsräte und -kammern der Nachkriegszeit unterband. Hier deckten sich amerikanische Bestrebungen, die deutsche Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Prinzipien wiederaufzubauen, mit der Wiedererstehung vertrauter Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen, die dem verbreiteten deutschen Verlangen nach Sicherheit, Wohlstand und sozialer Stabilität entge-

genkamen. Zweifellos war diese Stabilität unentbehrlich für den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau wie auch für das politische „Wunder“ der Demokratisierung. Andererseits wirkten die amerikanischen Forderungen nach Demokratisierung und die speziellen Vorbedingungen für die Hilfsprogramme einem allzu leichten Verharren in autoritären Herrschaftsformen entgegen. Das beträchtliche Gewicht Amerikas in der Weltmeinung und insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit der fünfziger Jahre beschränkte den deutschen Hang zur Beschneidung von individuellen Freiheiten, ob durch das wiedererstandene Beamtenwesen, in Beschränkungen der Gewerbefreiheit oder im Mitspracherecht von Arbeitnehmern, Frauen oder Flüchtlingen in Betrieben. Trotz ihres Widerstands gegen Sozialisierung und formale Mitbestimmung durch die Gewerkschaften und Kammern in der Wirtschaft propagierten die Amerikaner eine offene Zusammenarbeit von Managern, Arbeitnehmern und anderen Gruppen im Sinne der industrial relations entschieden.

Ironischerweise hat es die Amerikanisierung den Nachkriegsdeutschen auch erleichtert, sich von NS-Zeit und Holocaust zu distanzieren und sich damit einer lähmenden Schuld Klausel wie der von Versailles 1919 zu entziehen. Die führenden Stimmen in Politik, Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik haben zwar damals durchaus eine deutsche Verantwortung für die Verbrechen der Hitlerzeit angemahnt, wie es Jeffrey Herf in seinem bedeutenden Buch „Divided Memory“ gezeigt hat.⁸ Es war aber gerade für einen demokratischen Neuanfang wichtig, daß die breite Mitverantwortung so vieler Deutscher nicht zu grell und zu persönlich erhellt wurde. Diese Seite der Amerikanisierung ist insofern ironisch, als die Nachkriegsdeutschen Amerika am engsten mit der aus ihrer Sicht ignoranten, ja arrogant strafsüchtigen Entnazifizierung, der sog. „Charakterwäsche“ identifizierten. Dennoch erleichterte die enge Bindung an Amerika der neuen demokratischen Regierung in zweierlei Hinsicht den politischen Neuaufbau. *Erstens* verband die deutsche Bevölkerung die ungeliebte Entnazifizierung mit der Besatzungszeit und glaubte, daß die Bestrafung der Schuldigen nun mit der Gründung des demokratischen Staates abgeschlossen sei. Die bitteren Anschuldigungen und tiefen Risse, die eine Entnazifizierung normalerweise in der deutschen Gesellschaft hinterlassen hätte, so wie es die Suche nach den Verantwortlichen für die Niederlage nach dem Ersten Weltkrieg getan hatte und wie es in der *épuration* und *epurazione* in Frankreich und Italien geschah, blieb der neuen demokratischen Regierung erspart, weil diese Gefühle auf die allmächtige Besatzung projiziert werden konnten. James Diehl hat das ganz ähnlich im Falle der potentiell verbitterten Veteranen argumentiert und erklärt, daß sie am Ende froh waren, reintegriert zu werden, nachdem die Besatzung sie im Grunde weiter als Feinde behandelt hatte. Das hat die Demokratisierung unter den konservativen Regierungen der fünfziger Jahre sehr gefördert.

Zweitens erlaubte die enge Bindung an Amerika es den Nachkriegsdeutschen, sich von ihrer Vergangenheit zu distanzieren, ohne bohrende Fragen zur Verantwortung der traditionellen deutschen Gesellschaft für die NS-Grausamkeiten fürchten zu müssen. Da die große politische Scheide nun zwischen demokratischem Westen und totalitärem Osten verlief, durften sich die proamerikanischen Westdeutschen in ein westlich-demokratisches und marktwirtschaftliches Gewand kleiden, ohne die vertrauten Sozialstrukturen und Werte zu verleugnen. Und dennoch hat die Amerikanisierung einer allzu leichtfertigen Flucht aus der Verantwortung zugleich Grenzen gezogen. Die Bindung an Amerika und das westliche Bündnis zwang gerade die konservativen Deutschen, die in diesem Bündnis Schutz vor dem Sozialismus suchten, sich zunehmend den Fragen zum Holocaust und der deutschen Verantwortung zu stellen. Adenauer hatte verstanden, daß Anerkennung im Westen das Bekenntnis deutscher Verantwortung bedeutete; und gerade der amerikanische Hohe Kommissar, der den deutschen Wirtschaftseliten am nächsten stand, John J. McCloy, drängte die deutsche Regierung und Wirtschaft am hartnäckigsten, jüdische Opfer, deren Familien und Israel zu entschädigen.

Amerikanisierung und konservative Stabilisierung waren wohl nirgends enger miteinander verknüpft als in der Modernisierung des deutschen Wirtschaftsmanagements und im Zusammenspiel von modernem Management und den Gewerkschaften. Nirgends traf der Begriff der Restauration so gut zu wie auf das Management der Großindustrie, die Gewerkschaftsführung und die wichtigsten Wirtschaftsorganisationen, die noch stärker zentralisiert waren als vor NS-Zeit und Krieg. Natürlich waren auch Industrielle vom totalen Krieg Hitlers tief genug erschüttert, daß sie die Notwendigkeit erkannten, sich der neuen demokratischen Ordnung zu fügen und mit den Gewerkschaften in den dringenden Wiederaufbauarbeiten zusammenzuarbeiten. Ein grundlegender Wandel, der einer Revolution vergleichbar gewesen wäre, fand aber trotz früher Sozialisierungs- und planwirtschaftlicher Initiativen nie statt. Der Impuls für entscheidende Veränderungen kam statt dessen erst durch den Druck eines rapide wachsenden Welthandels unter amerikanischer Führung und der „Amerikanisierung“ des deutschen Industriemanagements und in geringerem Maße auch der Gewerkschaftsführung der fünfziger Jahre - vor allem zu nennen wären hier Fritz Tamow, Ludwig Rosenberg und Erich Potthoff.⁹

Am vielschichtigsten und widersprüchlichsten war wohl das Zusammenspiel von Amerikanisierung und Massenkultur im Demokratisierungsprozeß in den fünfziger Jahren. Als dankbare Nutznießer der Marshallplan-Hilfe und des amerikanischen Schutzes gegen die kommunistische Bedrohung fühlten sich die Westdeutschen eng mit Amerika verbunden. Im Konsum von Kleidung bis zur Wohnungseinrichtung paßte die amerikanische Moderne recht gut in die Ideale traditioneller gutbürgerlicher deutscher Gemütlichkeit. Zugleich strebten die

Nachkriegsdeutschen jedoch nach einer „echt deutschen“ kulturellen und moralischen Identität, die vom Nationalsozialismus unberührt auf älteren Werten basierte und ihren Ausdruck vor allem in neo-romantischen Heimatfilmen, Populärliteratur und leichter Unterhaltungsmusik fand. Diese stand in auffallendem Gegensatz zu amerikanischen „Wildwestfilmen“, Bildheften, Massensliteratur und vor allem Jazz und Rock 'n Roll, die zunehmend die westdeutsche Jugend anzogen.

Die deutsche Elite konnte diese amerikanische Massenkultur nicht so leicht verbannen wie den Kommunismus oder unbelehrbare Nazis. Aber in den engen Grenzen konservativer Reintegration diente amerikanische Massenkultur als der verabscheuenswerte Gegensatz guter deutscher Kultur. Gute deutsche Kultur und Traditionen ließen sich am eindeutigsten definieren als Gegenteil zu „dem Anderen“, nämlich einer materialistischen, moralisch verkommenen, oder auch nur lauten, brutalen und unzivilisierten „Unkultur“. Dieser Kontrast war für Nachkriegsdeutsche sehr wichtig, um sich ein Minimum an Selbstachtung und Stolz auf eigene traditionelle Werte zu bewahren nach der schrecklichen Schuld, die Deutschland auf sich geladen hatte. Diese Werte sind auffällig viel und inbrünstig von Persönlichkeiten in Politik (ganz besonders von Theodor Heuß und Carlo Schmid), Kirche und Kultur proklamiert worden. Noch bezeichnender ist es sicher, wie beliebt derartige Persönlichkeiten waren - von Heuß zu Albert Schweitzer. Sie waren, gestärkt durch den Kontrast zu der Kultur des ansonsten zugestanden überlegenen Amerika, eine wesentliche Grundlage für das Gefühl der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens, auf die die demokratischen Institutionen aufbauen konnten.

Andererseits bot diese verabscheute amerikanische Massenkultur eine Möglichkeit für eine rebellische Jugend, am Rande der sonst sehr begrenzten konservativen und geistig noch sehr autoritär-patriarchalisch denkenden Gesellschaft der fünfziger Jahre zu opponieren. Mit der neuesten, provokativsten amerikanischen Musik, Kleidung, Zigaretten und gezielter „amerikanischer“ Lässigkeit konnte man sich distanzieren und Anstoß erregen, ohne die Grenzen des anti-kommunistischen Konsens zu überschreiten und vollkommen ausgeschlossen zu werden. Denn solcher Protest konnte Legitimität beanspruchen im Rahmen der westdeutschen Identifizierung mit Amerika. Damit war die etablierte konservative Gesellschaft auch zu wachsender Toleranz gezwungen und mußte sich allmählich einem wachsenden Pluralismus öffnen. Die Amerikanisierung, d. h. hier die politische und wirtschaftliche Anlehnung an Amerika, schuf Raum für Protest, ohne den entstehenden demokratischen Konsens zu gefährden. Auf die Dauer wurde er damit ausgeweitet und gestärkt. Die 68er Revolte war nur der Höhepunkt dieser Entwicklung und die Wandlung vom Protest mit amerikanischen Vorbildern zum anti-amerikanischen Protest nach amerikanischem Vorbild.

In diesem Sinne hat die Amerikanisierung wirklich eine Rolle ähnlich einer Revolution gespielt, die in Westeuropa und den Vereinigten Staaten als Vorbedingung für Neuordnung und Demokratisierung gilt. Anders als eine Revolution hat die Amerikanisierung aber die konservative Basis für Stabilität und wiedererlangtes Vertrauen nicht zerstört, sondern sie durch Modernisierungsdruck allmählich flexibler gemacht und schließlich geöffnet.

ANMERKUNGEN

- * Leicht gekürzte Fassung eines Vortrags vom 18. März 1999 im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Der Autor ist Professor am Carleton College in Northfield, USA.
- 1 Mark Roseman, *Recasting the Ruhr, 1945-1958. Manpower, Economic Recovery, and Labour Relations*, Oxford 1992, S. 240.
- 2 Charles S. Maier, „Jenseits des Historikerstreits: The Significance of the Controversy“, in John Trumbour (Hg.), *The Dividing Rhine: Politics and Society in Contemporary France and Germany*, Oxford 1989, S. 52.
- 3 Heide Fehrenbach, *Cinema in Democratizing Germany: Reconstructing German Identity After Hitler*, Chapel Hill 1995.
- 4 Barbara Fait, *Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner: Amerikanische Kontrolle und Verfassungsgebung in Bayern 1946*, Düsseldorf 1998; Edward N. Peterson, *The American Occupation of Germany: Retreat to Victory*, Detroit 1978.
- 5 Volker R. Berghahn, *The Americanization of West German Industry, 1945-1973*, New York 1986; Werner Link, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaftler und Geschäftsleute 1945-1975*, Düsseldorf 1987.
- 6 Reiner Pommerin, *The American Impact on Postwar Germany*, Providence & Oxford 1995, und Jeffrey Diefendorf/Axel Frohn/Hermann-Josef Rupieper, *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955*, Cambridge and New York 1993. Zum Stellenwert der Amerikanisierung in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg allgemein vgl. Volker Berghahn, *Deutschland im „American Century“, 1942-1992. Einige Argumente zur Amerikanisierungsfrage*, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hg.), *Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert: Regionale und vergleichende Perspektiven*, Paderborn 1996, S. 789-800.
- 7 Harold Hurwitz, *Die Stalinisierung der SED: Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949*, Opladen 1997.
- 8 Jeffrey Herf, *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge, MA 1997.
- 9 Volker Berghahn, *West German Reconstruction and American Industrial Culture, 1945-1960*, in: Pommerin, *The American Impact*, S. 65-81.